Neue Zürcher Zeitung

Wegen Kritik an Menschenrechtslage: Erneuerung des Handelsabkommens mit China steht auf der Kippe

Die Schweizer Politik überbietet sich mit Forderungen an China. Doch die Grossmacht stellt nun selber Bedingungen: Sie will nur über eine Erneuerung des Freihandelsabkommens sprechen, wenn sich Bern bei den Menschenrechten zurückhält.

David Vonplon, Tobias Gafafer

21.09.2021, 05.30 Uhr

Die Schweiz möchte das bestehende Abkommen mit China erneuern, damit die noch verbliebenen Zollschranken für Schweizer Firmen fallen. Bild aufgenommen in Wuhan, China im Januar 2021.

Getty

Die Schweiz will in Zukunft kein Blatt vor den Mund nehmen, wenn es um China geht. Es gelte der Grundsatz, dass Menschenrechte in allen bilateralen und multilateralen Beziehungen mit China thematisiert werden müssten,

erklärte Aussenminister Ignazio Cassis vor kurzem im Parlament. So will es auch die China-Strategie, die der Tessiner Magistrat im vergangenen März vorgelegt hat: die eigenen Werte robuster nach aussen vertreten – im Gegenzug aber eine neutrale Politik verfolgen, die auf Zusammenarbeit und Dialog setzt.

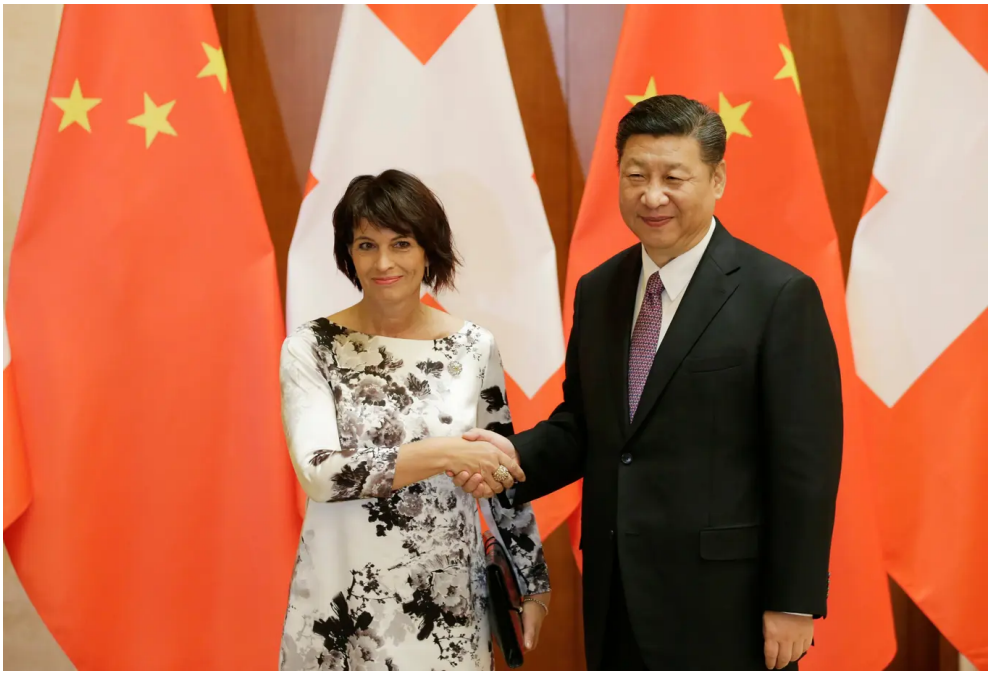
China unterstellt der Schweiz, Unwahrheiten zu verbreiten

Die zurückhaltende Strategie des Bundesrats löste dennoch eine scharfe Reaktion Pekings aus: Das Dokument enthalte «unbegründete Anschuldigungen und Angriffe auf Chinas politisches System, die Menschenrechtslage sowie die Innen- und Aussenpolitik», schimpfte Wang Shihting, der chinesische Botschafter in der Schweiz, wenige Tage nach Veröffentlichung der Strategie.

Den Missmut der chinesischen Machthaber gegenüber der Schweiz bekommen die Handelsdiplomaten des Bundes nun auch ganz konkret zu spüren, wie Recherchen der NZZ zeigen. Davon betroffen ist ausgerechnet jenes Vertragswerk, das als wichtigster Meilenstein der Schweizer Aussenwirtschaftspolitik der letzten 10 Jahre gilt: das Freihandelsabkommen mit China. Seit 2014 ist es in Kraft und erlaubt es Schweizer Unternehmen, viele ihrer Güter zu einem reduzierten Zollsatz in China einzuführen oder gar zollfrei.

Vor vier Jahren unterzeichneten die damalige Bundespräsidentin Doris Leuthard und der chinesische Präsident Xi Jinping eine Absichtserklärung, in der beide Seiten sich für eine Weiterentwicklung des Abkommens

starkmachten. Damit sollten im Handel zwischen der Schweiz und China auch die noch verbliebenen Zollschranken fallen. Ein solches Upgrade des Abkommens hätte für viele Schweizer Exportfirmen bedeutende Vorteile: Denn gerade hochinnovative Schweizer Produkte profitieren im Rahmen des derzeitigen Abkommens nicht oder nur teilweise von Zollpräferenzen.



Die Schweizer Bundespräsidentin Doris Leuthard und der chinesische Präsident Xi Jinping im Mai 2017 in Beijing.

Jason Lee / Getty

Die Gespräche über eine Erneuerung des Vertragswerks sind zuletzt jedoch nicht vorwärtsgekommen. Und nun muss die Schweiz einen weiteren Rückschlag hinnehmen: Vor wenigen Wochen signalisierte Peking gemäss informierten Quellen dem Bund, dass China grundsätzlich schon bereit wäre, über eine Aktualisierung des Abkommens zu verhandeln. Jedoch könne dies nur unter der Voraussetzung geschehen, dass sich die Schweiz mit Forderungen im Bereich der Menschenrechte zurückhalte.

Das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) selber will sich zu den laufenden exploratorischen Gesprächen nicht äussern. Man hoffe, in naher Zukunft die Gespräche mit den chinesischen Partnern weiterführen zu können, sagt der Sprecher Fabian Maienfisch. Er räumt ein, dass es bisher noch nicht gelungen sei, sich auf eine gemeinsame Liste von Themen zu einigen, die vertieft werden sollen. Eine Anfrage bei der chinesischen Botschaft in Bern zur Erneuerung des Handelsabkommens blieb unbeantwortet.

Wenig überrascht vom Vorgehen Chinas zeigt sich Rudolf Minsch, der Chefökonom des Wirtschaftsdachverbands Economiesuisse. «Auch wir stellen fest, dass die Weiterentwicklung des Abkommens stockt», sagt er. Dass China bei den Gesprächen auf die Bremse stehe, weil in der Schweiz ständig neue Forderungen im Bereich der Menschen- und Arbeitsrechte erhoben würden, hält er für plausibel.

«China versteht es nicht, wenn ein kleines Land wie die Schweiz im Bereich der Menschen- und Arbeitsrechte Druck macht», so Minsch. Der langjährige Menschenrechtsdialog und die Einbindung Chinas sei deshalb der bessere Weg als die Konfrontation. Gleichzeitig solle die Schweiz darauf hinarbeiten, dass das Abkommen erneuert werde, um den Marktzugang für Schweizer Unternehmen in China zu verbessern.

Parlament fährt China-kritischen Kurs

Was man in Peking mit Argwohn registrieren dürfte: Im Parlament sind China-kritische Forderungen gegenwärtig hoch im Kurs. Erst letzte Woche befand der Nationalrat, dass die Schweiz ihre Aktivitäten für die Menschenrechte in China

verstärken müsse. Ein entsprechender Vorstoss wurde – gegen den Willen des Bundesrates – mit deutlicher Mehrheit angenommen. Im Anschluss daran überwies die grosse Kammer einen weiteren Vorstoss, der vertieftere Beziehungen zu Taiwan verlangte, was China ebenfalls als Affront werten könnte.

Auch im Handelsabkommen mit China sollen Menschenrechtsfragen nicht länger ausgeklammert werden. So fordert die Aussenpolitische Kommission des Nationalrats (APK) in einem Vorstoss, dass ein separates Kapitel mit zusätzlichen, verbindlichen Bestimmungen zur Einhaltung der Menschen- und Arbeitsrechte geschaffen wird. Angesichts der schweren Anschuldigungen gegen die chinesische Regierung sei es berechtigt, solche Kriterien ins Abkommen aufzunehmen, findet die APK.

Der Bundesrat meint derweil warnend, es sei nicht realistisch, dass China die Aufnahme eines solchen Kapitels akzeptieren würde. Er erinnert daran, dass es das Abkommen mit China sowie das Zusatzabkommen über Arbeits- und Beschäftigungsfragen bereits ermögliche, mit China einen Dialog über die Einhaltung der Arbeitsstandards und der Menschenrechte zu führen. So beabsichtige die Schweiz, die Problematik beim nächsten Treffen mit chinesischen Vertretern anzusprechen.

Bei den Befürworter einer härteren Gangart gegenüber China verhallen diese Argumente ungehört. SP-Nationalrat Fabian Molina sagt: «Es ist belegt, dass in China Minderheiten Zwangsarbeit leisten müssen. Deshalb braucht es im Abkommen Garantien, dass Produkte, die in China durch

Zwangsarbeit hergestellt werden, keine Zollvergünstigungen erhalten.»

Molina verweist darauf, dass die Modernisierung des Abkommens dem Referendum unterliege. Weise ein neues Abkommen keine signifikanten Verbesserungen im Bereich der Menschenrechte auf, werde es beim Volk keine Mehrheit finden.

Passend zum Artikel

Der Bundesrat verschärft den Tonfall gegenüber Peking – aber nur ein bisschen

19.03.2021

KOMMENTAR

China-Strategie der Schweiz: zu seinen Werten stehen und seine Grenzen kennen

19.03.2021

Mehr zum Thema China ›

Wo Chinas Aussteiger ein neues Leben beginnen

15.01.2022

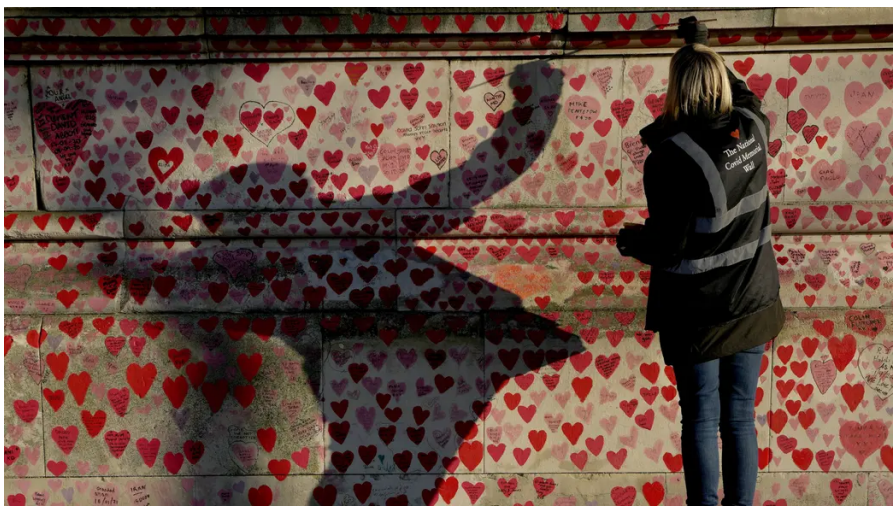
Der Streit zwischen Litauen und China stellt die Einheit der EU auf die Probe

15.01.2022

Wettrennen der Batterie-Riesen: Die Akku-Sparte von LG Chem wird Südkoreas grösster Börsengang

15.01.2022

Für Sie empfohlen ›



Hoffnungsbarometer 2022: «Wir haben uns

zurückgezogen und engagieren uns weniger»

15.01.2022

Zahnstocher mit Geschmack – wie ein Zürcher Startup Rekruten den Alltag versüsst und Behinderten eine interessante Arbeit ermöglicht

15.01.2022

Extinction Rebellion: «Klimawoche» im Oktober hat Zürich mehr als eine halbe Million Franken gekostet

15.01.2022

Das Russische hat zwei Ausdrücke, die das Leben eines jeden im Land prägen: «Nelsja», man darf nicht, und «nado», man muss. Zu Besuch in Russlands Schulen

15.01.2022

KOLUMNE

Brokkoli

15.01.2022

Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG. Alle Rechte vorbehalten. Eine Weiterverarbeitung, Wiederveröffentlichung oder dauerhafte Speicherung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis von Neue Zürcher Zeitung ist nicht gestattet.